

Pressemitteilung 10.02.2022

# Studie: Menschen in strukturschwachen Regionen befürchten ungerechte Klimapolitik

Klimaschutz ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Der Klimawandel und die Angst vor den Folgen beschäftigen auch die Menschen in strukturschwachen Regionen. Eine höhere Priorität haben jedoch andere Themen: Soziale Herausforderungen und Angst vor ungerechten Folgen der Transformations- und Klimapolitik überwiegen. Das befindet die qualitative Studie [“Die Übergangenen – Strukturschwach & erfahrungsstark”](#) des Berliner Think Tanks Das Progressive Zentrum in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Viele Menschen in strukturschwachen Regionen Deutschlands sehen den Klimaschutz zwar als eine der wichtigsten Herausforderungen der Bundesrepublik an – soziale Herausforderungen werden dort jedoch als das größere Problem eingeschätzt. Sorgen um Umwelt und Natur gibt es. **Doch überlagert werden sie von sozialen Nöten, sowie der Furcht vor sozialer Ungerechtigkeit.** Die Bedeutung von Gerechtigkeit wird dabei sehr individuell interpretiert: Sie reichen von mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung über wachsende finanzielle Ungleichheit bis hin zu Altersarmut; auch die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhaltes wird genannt.

**Offen nach möglichen Problemen der Zukunft gefragt** (siehe Abb. 1), wurden zumeist soziale Herausforderungen genannt (28,6 Prozent). Umwelt- und Klimaschutz folgen mit 27,2 Prozent. Darauf folgen Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands (22,1 Prozent), Immigration (13,8 Prozent) und Sonstiges (12,4 Prozent). Bei der Frage nach den konkreten, regionalbezogenen Zukunftssorgen (siehe Abb. 2) hat **die Angst vor dem Abgehängtsein absolute Priorität** und war in 54,4 Prozent der Interviews die meistgenannte Antwort - weit vor Überfremdung (10,1 Prozent), Kriminalität (9,7 Prozent) oder einem Rechtsruck (4,1 Prozent).

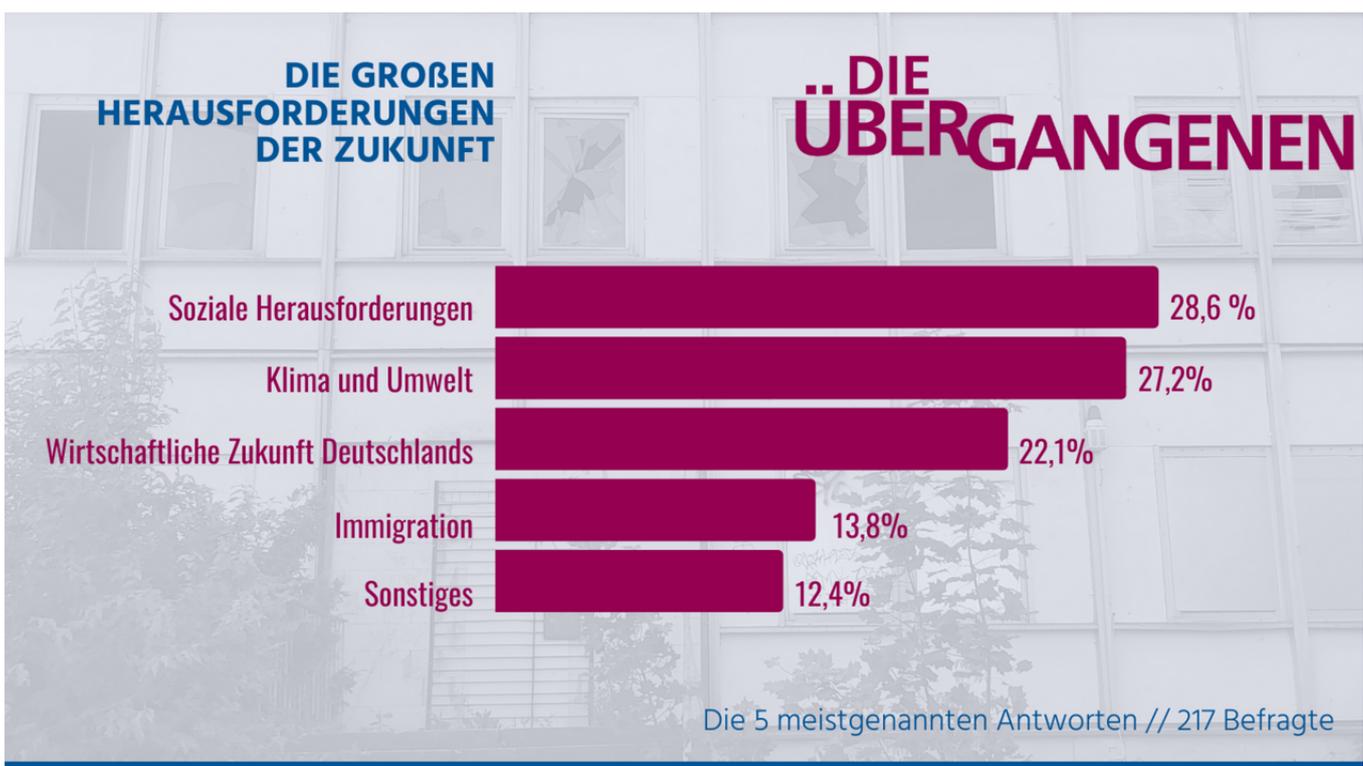


Abb. 1: Die großen Herausforderungen der Zukunft

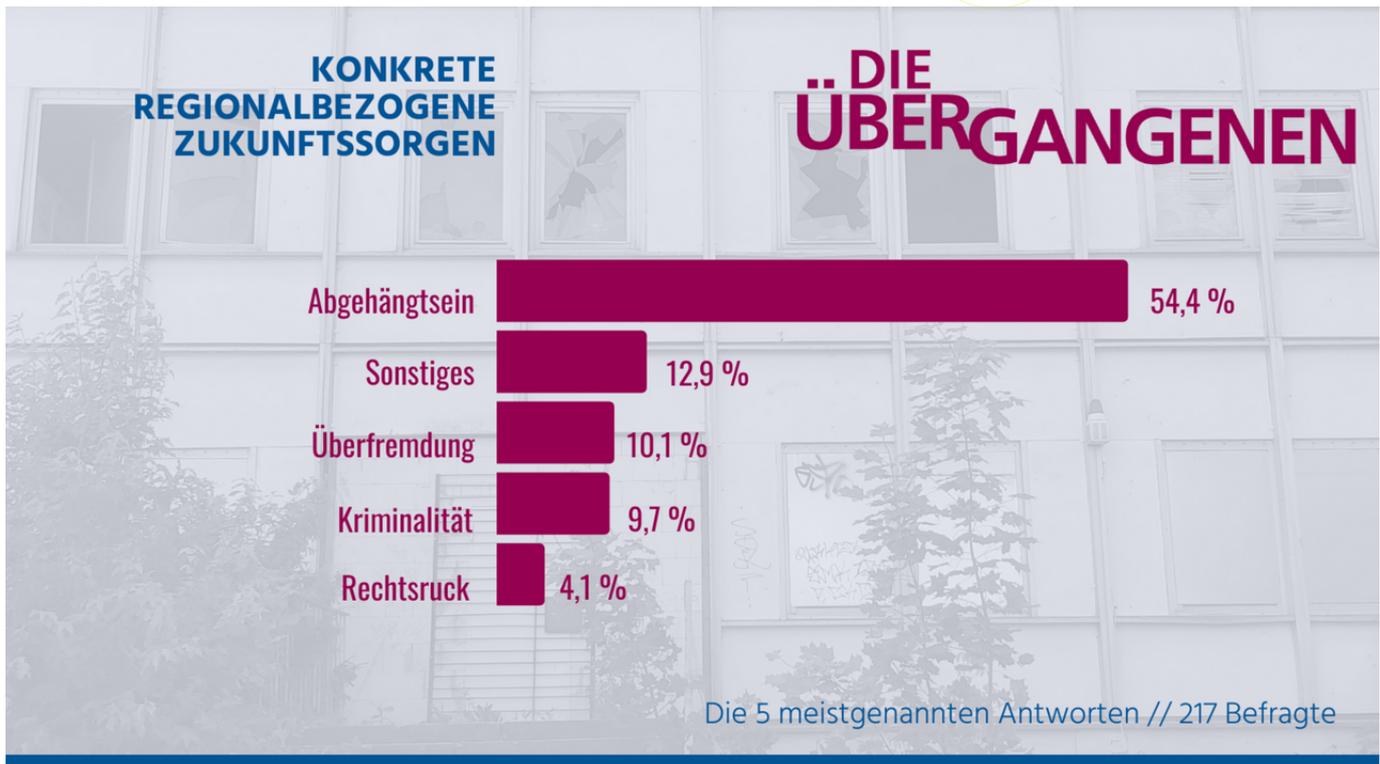


Abb. 2: Konkrete regionalbezogene Zukunftssorgen

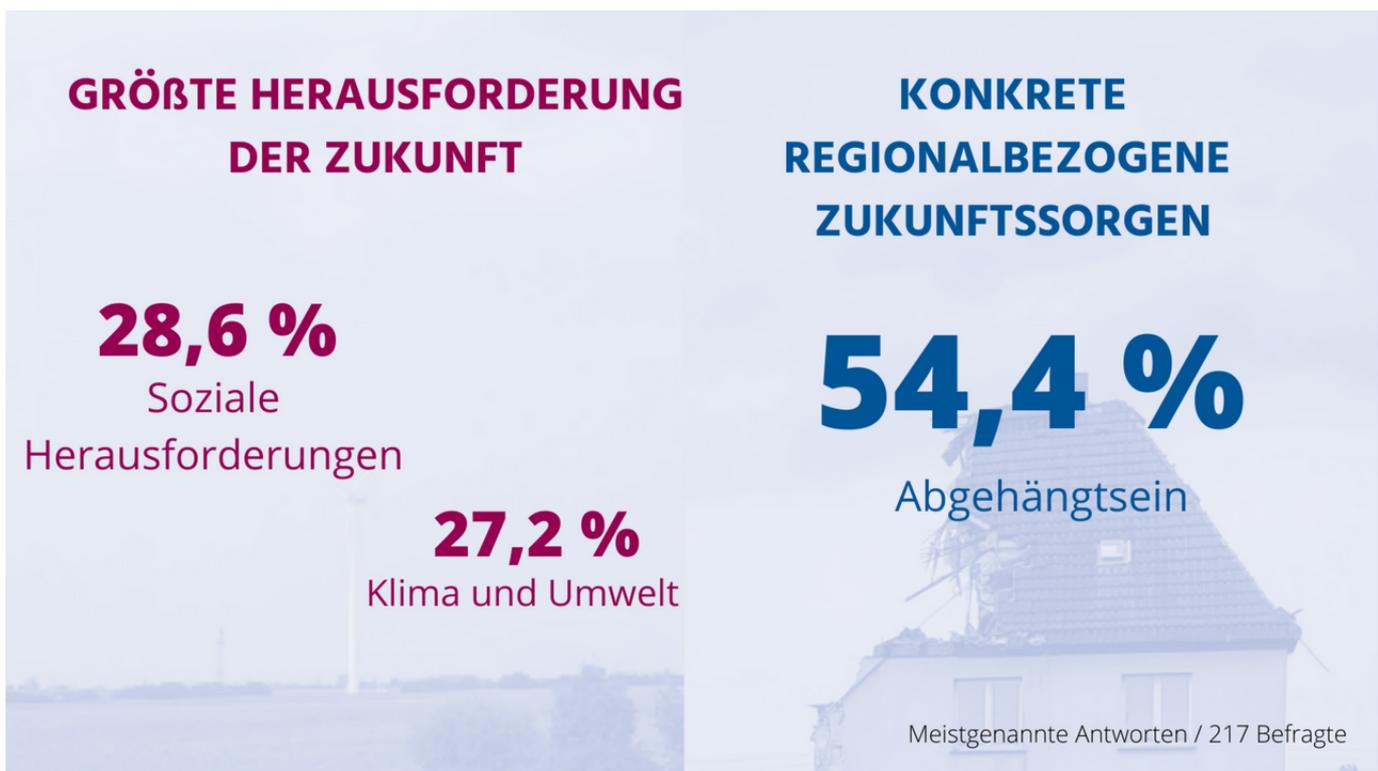


Abb. 3: Größte Herausforderung der Zukunft

Die größte Sorge im persönlichen Alltag ist für die meisten jedoch, dass die eigene Region den Anschluss verliert. **Entsprechend dominiert die Sehnsucht nach konkreten Verbesserungen vor Ort**, zum Beispiel bessere Nahverkehrsanschlüsse, eine zeitgemäße Infrastruktur und die Wiederbelebung örtlicher Kultur- und Freizeitangebote. Getreu dem Motto: „Die Klimakrise ist ein Problem, aber uns drängen hier soziale Nöte.“ Die Frage der regionalen Entwicklung umtreibt die Befragten deutlich stärker, als die nach der eigenen Zukunft. Rund ein Drittel gibt an, sich keine Sorgen um die eigene Person zu machen. Stark verbreitet sind aber Befürchtungen, die die Allgemeinheit, die eigenen Kinder oder Enkelkinder betreffen.

## Grundskepsis gegenüber der Politik

Von der Politik fühlen sich die Befragten häufig übergangen und befürchten dies auch in Zukunft, etwa bei der Klimapolitik. Zwar zeigten sie mehrheitlich ein Grundvertrauen in die Demokratie – zugleich lassen sie aber **eine ausgeprägte Grundskepsis gegenüber ihren gewählten Entscheidungsträger:innen** erkennen. Eine verbreitete Einstellung: Viele Politiker:innen handelten interessengeleitet und egoistisch. Diese Haltung ist zum Teil verbunden mit ganz konkreten Vorwürfen, wie fehlendem Interesse und mangelnder Bürger:innennähe.

“Die Studie zeigt”, so Dr. Florian Ranft, “dass die Menschen sich selbst als Betroffene und nicht als Gestalter:innen des Wandels sehen. Politisch werden strukturschwache Regionen zwar als zentrale Austragungsorte des Wandels diskutiert, selten jedoch als Partner in der Gestaltung der Transformation eingebunden.”

“Die regionalen Zukunftssorgen wurzeln in einer subjektiv wahrgenommenen doppelten Bedeutungslosigkeit. Einmal materiell: Verfall, Unanbundenheit, Leere und einmal immateriell: mangelnde Repräsentation, kaum Dialog oder Zuwendung. Dieses Gefühl gilt es sichtbar und spürbar umzukehren.” so Paulina Fröhlich, ebenfalls Autorin der Studie.

Die Voraussetzung dafür seien aber echte Beteiligung und Investitionen. Die Transformationsstrategie der neuen Bundesregierung müsse neben der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Ausbau der Infrastruktur vor Ort auch echte Partizipation für die Bewohner:innen ermöglichen, etwa in Form von Beratungsgremien oder Zukunftsräten, heißt es in der Studie.

## Methodik

Im Juni 2021 hat das Forschungsteam rund um Paulina Fröhlich, Prof. Dr. Tom Mannewitz und Dr. Florian Ranft quer durch die Republik 217 leitfadengestützte Haustürgespräche geführt; in Bitterfeld-Wolfen, Duisburg und Bochum sowie im Regionalverband Saarbrücken und in Vorpommern-Greifswald. 13 Millionen Menschen in Deutschland leben in strukturell vergleichbaren Regionen. Durch die offene Herangehensweise soll ein differenziertes Bild der Sichtweisen von Menschen aus strukturschwachen Regionen erfasst und eine qualitative Ergänzung zu vollstandardisierten Bevölkerungsumfragen auf Stichprobenbasis bereitgestellt werden.

Die Umfragegebiete wurden in einem dreistufigen Verfahren anhand mehrerer Studien sowie statistischer Kriterien auf regionaler und lokaler Ebene identifiziert. Der Fragenkatalog umfasste zehn inhaltliche sowie fünf demografische Fragen. Die Gespräche wurden zwischen dem 31. Mai und dem 23. Juni 2021 geführt. 111 davon fanden in den beiden westdeutschen Umfragegebieten statt, 106 in den ostdeutschen. 106 Gesprächspartner waren Frauen, 107 Männer.

Das Projekt schließt an den Inhalt und die Methodik der 2018 von Johannes Hillje veröffentlichten Studie [„Rückkehr zu den politisch Verlassenen“](#) an, die rechtspopulistische Hochburgen in Deutschland und Frankreich untersuchte. Detailliert ist die Methodik der Untersuchung in Kapitel 3 der Studie beschrieben.

## Ausgewählte Stimmen zur Studie

**Dr. Karamba Diaby**, MdB:

*"Die auf Haustürgesprächen basierende Studie des DPZ „Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation“ zeigt deutlich, wie wichtig nachhaltige Transformationsprozesse in strukturschwachen Regionen sind. Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nur gelingen, wenn gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden und die Menschen am Gestaltungsprozess teilhaben können. Die Studie leistet damit einen wichtigen Beitrag zu aktuellen politischen Debatten."*

**Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin:

*Die Studie "Die Übergangenen: Strukturschwach und erfahrungsstark" des DPZ liefert einen wichtigen und analytischen Beitrag zur Debatte um die sozial-ökologische Wende. Die Studie untersucht vor allem die politische Relevanz des Themas der sozialen, regionalen und ökologischen Gestaltung der Klimapolitik vor Ort. Dabei wird deutlich: die Menschen vor Ort können dann für den Wandel gewonnen werden, wenn sie zu Gestalter:innen ihrer eigenen Zukunft werden.*

**Anna Lührmann**, Staatsministerin für Europa im Auswärtigen Amt:

*"Die DPZ-Studie zeigt auf erhellende Weise gleichermaßen die Chancen und die Herausforderungen der Transformation auf gesellschaftlicher Ebene: Denn einerseits sehen die Menschen den dringenden Handlungsbedarf zum Schutz des Klimas, und das ist gut für die Akzeptanz politischer Maßnahmen. Andererseits werden auf der regionalen Ebene andere Probleme als drängender empfunden, und Veränderung geht einher mit der Sorge, dass sich die persönliche Lebenssituation verschlechtert. Die Transformation bedeutet jedoch Wandel auf allen Ebenen, und somit bietet die Studie höchst relevanten Lehrstoff dazu, was es wirklich bedeuten muss, die Menschen einzubeziehen und ihre Sorgen und Bedürfnisse ernst zu nehmen."*

**Prof. Dr. Patrizia Nanz**, Vizepräsidentin des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung:

*„Die Einsicht ist seit Langem da: Eine umfassende Transformation unserer Gesellschaft im kommenden Jahrzehnt ist Voraussetzung für eine gerechte und nachhaltige Zukunft. Sie wird nur gelingen, wenn sie demokratisch, lokal und „bottom up“ gestaltet wird und dabei soziale und ökologische Bedürfnisse miteinander in Einklang bringt. Die Interviewstudie des DPZ erschließt eindrucksvoll die Perspektive und Deutungen der Menschen in strukturschwachen Regionen, die als Mitgestalter:innen einer sozialökologischen Transformation erst noch gewonnen werden müssen.“*

**Dr. Christian Odendahl**, Chefökonom, Centre for European Reform:

*„Es gibt wenig wichtigeres im Moment als die Frage, wie wir die notwendige Klimapolitik und die damit einhergehende ökonomische Transformation mit politischer Akzeptanz verbinden können. Diese Studie geht dahin, wo die wichtigsten Hinweise zur Beantwortung der Frage liegen: direkt zu den Menschen, die potentiell betroffen sind. Nicht nur für Politiker\*innen, auch für Ökonom\*innen äußerst lesenswert.“*

**Prof. Dr. Jens Südekum**, Professor für International Economics, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

*„Die Interviewstudien des DPZ haben die Debatte zu den ökonomisch abgehängten Regionen schon in der Vergangenheit maßgeblich vorangebracht. Die Neuauflage analysiert erstmalig den Klimawandel in diesem Zusammenhang und entwickelt eine Reihe von hoch relevanten Vorschlägen zu einer zeitgemäßen Interpretation des Begriffs der 'Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse' und für die zukünftige Ausgestaltung der Regional- und Strukturpolitik.“*